

## A1 Auszug Antrag GSP für BAG Energie ÄA

Gremium: BAG Energie

Beschlussdatum: 01.01.2000

### Antragstext

1 (53) Nach dem fossilen Zeitalter beginnt die ökologische Moderne. War der  
2 Fortschritt der Moderne bislang angetrieben von Kohle, Öl und Gas und verlagerte  
3 er seine sozialen und ökologischen Kosten zu großen Teilen in andere  
4 Weltregionen und in die Zukunft, geht es beim Fortschritt heute darum, die  
5 natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren sowie den gegenwärtigen und kommenden  
6 Generationen weltweit ein Leben in Freiheit, Würde und Wohlstand zu ermöglichen.  
7 Je entschiedener wir handeln, umso mehr Freiheiten und Alternativen haben wir in  
8 den kommenden Jahrzehnten.

9 (54) In der ökologischen Moderne ist das Prinzip der Nachhaltigkeit leitend. Die  
10 natürlichen Ressourcen dürfen demnach nur in dem Maße genutzt werden, wie sie  
11 sich auch wieder erneuern können. Das gilt für Technologien, Wirtschaftsweisen,  
12 für den privaten Verbrauch und Konsum. Konkret bedeutet das: Politische  
13 Entscheidungen müssen daran gemessen werden, ob ihre Folgen mit der Einhaltung  
14 der planetaren Grenzen vereinbar sind.

15 (55) Wir leben in Zeiten der Klimakrise. Der Anstieg der Meeresspiegel bedroht  
16 das Leben an den Küsten. Trockenheit und Wüstenbildung zerstören Lebensräume von  
17 Mensch und Tier. Hitzesommer und Wetterextreme sorgen für extreme Schäden und  
18 nehmen lebensbedrohliche Ausmaße an. Es ist Aufgabe der Menschheit, die  
19 Katastrophe so weit wie möglich zu verhindern. Leitlinie ist das Klimaabkommen  
20 von Paris, das vorsieht, die Erderhitzung auf deutlich unter zwei Grad,  
21 möglichst auf 1,5 Grad, zu begrenzen. Europa muss so schnell wie möglich  
22 Klimaneutralität erreichen. Deutschland als einem der größten Verursacher von  
23 Treibhausgasen kommt dabei eine besondere Verantwortung zu. Jedes Zehntelgrad  
24 weniger Erhitzung zählt.

25 (56) Maßstab erfolgreicher Klimapolitik ist der Budget-Ansatz. Er zeigt auf, wie  
26 viele Treibhausgasemissionen jedes Land noch ausstoßen darf, um den eigenen  
27 Anteil am Pariser Klimaabkommen einzuhalten. Daraus folgt die Notwendigkeit,  
28 jeden Tag konkret zu handeln. „Morgen ist auch noch ein Tag“ gilt beim  
29 Klimaschutz nicht. Nur wenn substanzielle Einsparungen schnell erzielt werden,  
30 gibt es später noch ausreichend Handlungsspielraum.

31 (57) Der Übergang zu 100 Prozent erneuerbaren Energien, der Ausstieg aus Kohle,  
32 Öl und Gas und damit die Dekarbonisierung sind die Schlüsselaufgaben des  
33 Klimaschutzes. Die Dekarbonisierung aller Wirtschaftsprozesse gelingt nur, wenn  
34 Rohstoffe und die für ihre Herstellung nötige und in ihnen gespeicherte Energie  
35 massiv eingespart, möglichst vollständig im Kreislauf geführt und hocheffizient  
36 genutzt werden. Dafür ist eine völlig neue Vernetzung innerhalb und zwischen den  
37 Sektoren Strom, Wärme, Verkehr, Industrie, Dienstleistungen und Landwirtschaft  
38 nötig.

39 (58) Technologie ist als Beitrag für Klimaneutralität notwendig. Technologische  
40 Lösungen müssen immer dem Vorsorgeprinzip folgen. Das heißt, dass die Abwägung  
41 von Nutzen und Schäden, mögliche Umkehrbarkeit sowie die Eingriffstiefe zu

42 berücksichtigen sind. Sie werden grundlegende Veränderungen und schnelles  
43 Handeln nicht ersetzen, sondern nur ergänzen können.

44 (59) Die Digitalisierung kann einen großen Beitrag für den Klimaschutz leisten.  
45 Sie ermöglicht es, eine schwankende erneuerbare Produktion mit dem Verbrauch eng  
46 zu verzahnen und so den Energiebedarf zu senken. Das Potential der  
47 Digitalisierung für Ressourceneffizienz, sparsamen Energieverbrauch,  
48 Dematerialisierung und Suffizienz soll bestmöglich gefördert werden. Zugleich  
49 zeigt die Digitalisierung bisher selbst einen ungezügelt Ressourcen hunger.  
50 Daher muss sie mit Maßnahmen flankiert werden, die den Ressourcenverbrauch  
51 begrenzen und Rebound-Effekte vermeiden.

52 (60) Erneuerbare Energien sind dezentral in der Erzeugung, aber eine Versorgung  
53 mit ihnen wird leichter sicherzustellen sein, je größer der Raum ist. Unser  
54 Kontinent hat die richtige Größe für die Energiewende. Die europäische  
55 Energieunion soll die verschiedenen Stärken der Regionen – Solarenergie im  
56 Süden, Geothermie und Wasserkraft in Skandinavien und den Alpen, Offshore-  
57 Windkraft im Atlantik, im Mittelmeer und in der Ostsee, Onshore-Windkraft in  
58 ganz Europa – miteinander verbinden. Zentral dafür sind Aufbau und Nutzung von  
59 Netzen und Speichern. Entscheidende Akteur\*innen der Energiewende sind die  
60 Bürger\*innen und Kommunen, aber auch regionale Unternehmen und das Handwerk.

61 (61) Es braucht eine vorausschauende Energieaußenpolitik. Denn auch im Zeitalter  
62 der erneuerbaren Energien wird es Energieimporte geben. Sie hilft den  
63 Partnerländern beim Aufbau der entsprechenden Strukturen und stellt sicher, dass  
64 die importierte Energie nachhaltig und unter sozial gerechten Bedingungen  
65 erzeugt wurde.

66 (62) Um die Klimakrise zu bewältigen, ist es weder notwendig noch vertretbar,  
67 zur Atomkraft zurückzukehren. Diese Hochrisikotechnologie birgt eine  
68 existenzielle Bedrohung für Natur, Mensch und Tier.

69 (63) (Es ist Aufgabe in diesem Jahrzehnt, ein Endlager für den hochradioaktiven  
70 Atommüll mit höchstmöglichen Sicherheitsstandards und bei bestmöglichen  
71 geologischen Bedingungen zu finden. Bei der Suche ist die  
72 gesamtgesellschaftliche Verantwortung vor regionale Eigeninteressen zu stellen.

73 (64) Der Verlust an Biodiversität ist so dramatisch wie die Klimakrise.  
74 Schlimmer noch: Die beiden Krisen bedingen sich gegenseitig und können daher  
75 auch nur gemeinsam gelöst werden. Die Roten Listen und die planetaren Grenzen  
76 müssen als „Barometer des Lebens“ zum Gradmesser für politische  
77 Handlungsleitlinien werden, denn die biologische Vielfalt sichert das Leben auf  
78 dem Planeten. Ökologischer Landbau, die Ökologisierung der konventionellen  
79 Landwirtschaft, der Erhalt wertvoller Lebensräume, mehr Schutzgebiete und  
80 Biotope sowie mehr freie Natur an Land, in Flüssen, Seen und im Meer sind als  
81 wirksamer Schutz für Artenvielfalt und Umwelt zu betreiben.

82 (65) Das Vordringen des Menschen in die letzten, noch nicht zerstörten  
83 natürlichen Gebiete und die grenzenlose Aneignung von Umwelt und Tierwelt zum  
84 Verbrauch oder Verzehr gefährden nicht nur die Natur, sondern auch die  
85 menschliche Gesundheit. Sogenannte zoonotische Krankheiten können fatale  
86 gesellschaftliche Folgen haben. Der Schutz von Ökosystemen trägt auch dazu bei,  
87 Seuchen und Pandemien zu verhindern.

88 (66) Die Wiedervernässung von Moorböden und ein nachhaltiger Waldumbau – weg von  
89 Monokulturen und hin zu naturnahen, klimaresilienten Mischwäldern – leisten  
90 einen großen Beitrag, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu senken. Dazu müssen die  
91 Trockenlegung von Mooren und die Abholzung von Wäldern gestoppt werden.

92 (67) Artenschutz erfordert den Schutz von Lebensräumen und mehr Wissen. Das Ziel  
93 ist der Aufbau eines vernetzten Verbundes von Schutzflächen. Die Forschung über  
94 die verschiedenen Arten und ihr Zusammenspiel im Ökosystem soll gefördert  
95 werden, denn geschätzt sind heute weniger als ein Viertel aller Arten bekannt.  
96 Zum Schutz von Arten gehört es auch, den Wildtierhandel und die Trophäenjagd  
97 effektiv zu unterbinden. Zudem sollen alle Bestände der großen Naturkundemuseen  
98 digitalisiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

99 (68) Ein Ende der Verschmutzung der Erde mit Luft- und Wasserschadstoffen,  
100 Plastik, Müll, giftigen Chemikalien und Pestiziden ist essenziell für Umwelt-  
101 und Klimaschutz. Leitlinien für die Regulierung von Umweltverschmutzungen sind  
102 das Vorsorge- und Verursacherprinzip. Wenn Schadstoffe bereits Teil von  
103 Produkten und Produktionsverfahren sind, lassen sich ihre Umweltauswirkungen  
104 nachträglich in der Regel nur unvollständig und zu hohen Kosten begrenzen.  
105 Vorrang haben deshalb Gebote für umweltverträgliche Produkte und  
106 Produktionsverfahren.

107 (69) Um den Raubbau an der Natur zu beenden, muss der absolute Verbrauch von  
108 natürlichen Ressourcen substanziell und rasch reduziert werden. Dies gilt auch  
109 für Ressourcen, die importiert werden. Die Achtung der planetaren Grenzen  
110 bedeutet, dass Wohlstand und Lebensqualität so weit wie möglich vom  
111 Ressourcenverbrauch entkoppelt und Ressourcen in geschlossene Stoffkreisläufe  
112 überführt werden.

113 (70) Eine zukunftsfähige Landwirtschaft arbeitet mit der Natur. Statt wachsender  
114 Abhängigkeit von Pestiziden, Weltmärkten, wenigen Großkonzernen und engen  
115 Produktionszwängen gehört die Zukunft einer modernen, regional verwurzelten  
116 Landwirtschaft, die ältestes Wissen mit modernen Techniken und digitalen  
117 Lösungen kombiniert. Sie produziert nicht für Märkte, sondern für Menschen, die  
118 ein Recht auf sichere, gesunde und nachhaltige Lebensmittel haben. Sie arbeitet  
119 ressourcenschonend, naturverträglich und tiergerecht. Der Wandel hin zur  
120 zukunftsfähigen Landwirtschaft gelingt nur zusammen mit den Bäuer\*innen.

121 (71) Die Sicherung und Versorgung mit Nahrungsmitteln ist ein hohes Gut. Der  
122 Landwirtschaft gebührt Anerkennung, dass sie dies gewährleistet. Im Sinne der  
123 globalen Ernährungssouveränität gilt es, bäuerliche Strukturen zu stärken sowie  
124 regionale Wertschöpfungsketten und solidarische Systeme zu fördern, dagegen die  
125 Exportorientierung der Landwirtschaft zulasten anderer Regionen abzubauen. Ziel  
126 muss sein, dass Bäuer\*innen einen Ausweg aus dem System des „Wachse oder Weiche“  
127 erhalten. Dazu gehört auch, dass sie für ihre vielfältigen Gemeinwohlleistungen  
128 gezielt entlohnt werden.

129 (72) Tiere haben Rechte und dürfen nicht zu Rohstofflieferanten degradiert  
130 werden. Solange Menschen Tiere halten, um sie zu töten und zu essen oder um ihre  
131 Produkte zu nutzen, sind wir verpflichtet, für mehr Tierschutz und mehr Tierwohl  
132 in der Tierhaltung zu sorgen. Entsprechend ist die Landwirtschaft so zu  
133 gestalten, dass entlang den Bedürfnissen von Tieren gewirtschaftet werden kann.  
134 Es sollen immer weniger Tiere immer besser gehalten werden. So sinkt auch der

135 Konsum von Fleisch und anderen tierischen Lebensmitteln. Tierversuche müssen  
136 konsequent reduziert und möglichst überflüssig werden.

137 (73) Jeder Mensch hat das Recht auf Mobilität. Sie ermöglicht Freiheit und  
138 Teilhabe und ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie muss sich an den  
139 menschlichen Bedürfnissen orientieren, barrierefrei gestaltet sein und zugleich  
140 die planetaren Grenzen wahren. Eine sozial-ökologische Mobilitätspolitik schafft  
141 die Verkehrswende und garantiert allen Menschen nachhaltige Mobilität. Sie sorgt  
142 für bessere Luft, weniger Verkehrslärm und stärkt die Sicherheit. Vision ist ein  
143 Straßenverkehr, in dem keine Menschen mehr sterben.

144 (74) Die öffentliche Förderung der einzelnen Verkehrsmittel muss sich in Zukunft  
145 am ökologischen Fußabdruck ausrichten. Es gilt das Prinzip: Schiene stärken,  
146 Straßen- und Luftverkehr dekarbonisieren. Der Raum in den Städten wird Stück für  
147 Stück neu aufgeteilt. Sichere und barrierefreie Infrastruktur für  
148 Fußgänger\*innen, Radfahrer\*innen und Menschen mit Behinderung sowie ein  
149 attraktiver, kostengünstiger und verlässlicher Nahverkehr bilden das Rückgrat  
150 einer sozial-ökologischen Mobilität. Insgesamt wird es deutlich weniger Autos  
151 und weniger unnötigen Verkehr geben, die Autozentrierung von Verkehrspolitik,  
152 Stadtplanung und Gesellschaft gehört der Vergangenheit an, die Zukunft gehört  
153 der autofreien Innenstadt.

154 (75) Die Mobilität in der ökologischen Moderne ist vernetzt und digital.  
155 Verschiedene Mobilitätsformen greifen nahtlos ineinander und ermöglichen  
156 individuelle Mobilität, ohne ein eigenes Auto besitzen zu müssen.

157 (76) Gerade im ländlichen Raum werden auch in Zukunft viele Menschen weiterhin  
158 auf das Auto angewiesen sein. Dazu muss es jedoch emissionsfrei und digital  
159 vernetzt sein. Nicht mehr das Parken, sondern das Nutzen steht im Fokus.

160 (77) Die Verkehrswende in der Stadt und auf dem Land gelingt nur mit einer  
161 starken Bahn. Das erfordert einen Aus- und Umbau des öffentlichen Nah- und  
162 Fernverkehrs. Dazu gehören die Anbindung an Regionalzentren auch über  
163 Landkreisgrenzen und nationale Grenzen hinweg sowie der Ausbau des  
164 Schienennetzes, damit alle größeren Städte angebunden sind und Kurzstreckenflüge  
165 überflüssig werden. Die europäischen Großstädte sind durch schnelle  
166 transnationale Bahnverbindungen, ein komfortables Nachtzugangebot und ein  
167 einheitliches europäisches Buchungssystem zu vernetzen. Auch der Güterverkehr  
168 muss dekarbonisiert werden.

169 (78) Im urbanen Raum zeigen sich die Herausforderungen der ökologischen Moderne  
170 wie unter einem Brennglas. Das überholte Leitbild der autogerechten Stadt kostet  
171 Lebensqualität und macht krank. Durch mehr Flächen für Wohnen und Freizeit, für  
172 saubere Luft, städtisches Leben, Stadtgrün und Erholung entsteht die lebenswerte  
173 Stadt mit kurzen Wegen, in der die Menschen gerne wohnen.

174 (79) Die lebenswerte Stadt der Zukunft ist eine Null-Emissionen-Stadt. Dies  
175 gelingt, wenn erneuerbare Energien, saubere Mobilität und klimaneutrales Heizen  
176 verbunden werden. Dazu gehören Dächer, die Sonnenstrom erzeugen, sowie Gebäude,  
177 die nachhaltig gedämmt sind und die vielfältigen klimafreundlichen Wärmequellen  
178 gemeinsam nutzen.

179 (80) Wohnungen sowie öffentliche und gewerbliche Gebäude sollen CO<sub>2</sub>-neutral  
180 geheizt, gekühlt und beleuchtet werden. Klimagerechte Energiestandards für Neu-  
181 und Altbauten sowie Wärme- und Kühlsysteme, die auf erneuerbaren Energien

- 182 basieren, geben den Weg dahin vor. Nachhaltige und möglichst kreislauffähige  
183 Baumaterialien schützen das Klima.

## A2 Stromkunden am Markt aktiv beteiligen

Antragsteller\*in: Detlef Matthiessen (LAG E SH / BAG E)

### Antragstext

- 1 Wir wollen die technischen Möglichkeiten der modernen Informations-Technologie
- 2 dafür nutzen, daß LetztverbraucherInnen ständig über den jeweiligen Preis
- 3 informiert werden und mit diesen Preissignalen ihr Verbrauchsverhalten der
- 4 Verfügbarkeit des Stromangebotes anpassen können.
- 5 Wir wollen auch eine Dynamisierung der Stromnebenkosten: Die bislang starren
- 6 Preisbestandteile (Cent pro Kilowattstunde) wie Netzentgelte, Abgaben, Umlagen
- 7 und Steuern sollen dabei wie die Mehrwertsteuer prozentual vom jeweiligen
- 8 Strompreis erhoben werden.

### Begründung

Bislang nehmen StromkundInnen nicht am Strommarkt direkt teil, sondern können nur zwischen den Anbietern verschiedener Tarife wählen. Den Strompreis und damit das tatsächliche Marktgeschehen sehen sie nicht.

Der Strommarkt braucht jedoch neben technischen Lösungen auch eine neue ökonomische Steuerung, die vor allem auch die Verbraucherseite (engl. demand side management DSM) einbezieht. Künftige Strommärkte mit sehr hohen Anteilen erneuerbarer Erzeugung – vor allem Wind- und Solarenergie – brauchen einen auf ihre Stochastik reagierenden flexiblen Verbrauch.

Preissignale sind die günstigste Art Flexibilität im Markt zu erhöhen.

Deshalb wollen wir

- Preise stattmischkalkulatorischer Tarife, beginnend bei Gewerbetreibenden und Haushalten mit hohem Stromverbrauch
- Die versteinerten Strompreise zum Leben erwecken durch eine Dynamisierung der Stromnebenkosten

Preissignale müssen, um systemdienlich zu wirken, direkt – ohne zeitliche Verzögerung, ohne Verpackung in einem Tarif – bei allen relevanten Abnehmern (also den Endkunden) und Produzenten (also der Stromerzeugung) ankommen. Dafür brauchen wir keine Vielzahl an innovativen Tarifen. Vielmehr müssen die Preise von den tatsächlichen Knappheiten im System bestimmt werden.

Tarife sind mischkalkulatorische Einheitspreise, selbst die ausdifferenziertesten Tarife können nicht die notwendigen Flexibilitäten liefern, sondern stiften eher Verwirrung, wie wir es von z.B. Handytarifen kennen.

Stromkundinnen brauchen keine Tarife. Stromkundinnen sind nicht doof. Sie sind im Gegenteil von Natur aus schlauer als der Stromhändler, weil nur sie ihren Bedarf wirklich kennen. Die Fensterfabrik kennt ihre Auftragslage, nicht der Stromhändler. Die Lehrerin weiß, wann sie ihr E-Auto braucht, nicht der Stromhändler.

Antragstext für die BDK:

Wir wollen die technischen Möglichkeiten der modernen Informations-Technologie dafür nutzen, daß LetztverbraucherInnen ständig über den jeweiligen Preis informiert werden und mit diesen Preissignalen ihr Verbrauchsverhalten der Verfügbarkeit des Stromangebotes anpassen können. Das

Preissignal soll bidirektional an die Verbraucherseite und zeitgleich auch an die Erzeugerseite gesendet werden.

Wir wollen auch eine Dynamisierung der Stromnebenkosten: Die bislang starren Preisbestandteile (Cent pro Kilowattstunde) wie Netzentgelte, Abgaben, Umlagen und Steuern sollen dabei wie die Mehrwertsteuer prozentual vom jeweiligen Strompreis erhoben werden.

Der Erzeugungspreis, ob Wind und Sonne oder Kohle/At0, bildet nur ein Fünftel des gesamten Endkundenpreises ab. Die bislang starren Preisbestandteile (Cent pro Kilowattstunde) wie Netzentgelte, Abgaben, Umlagen und Steuern sollen daher wie die Mehrwertsteuer prozentual vom jeweiligen an den Grenzkosten orientierten Preis erhoben werden. Damit wird die Preisbewegung deutlicher und die Reaktivität des Marktes - die Flexibilität - steigt durch dies Dynamisierung der Nebenkosten.

Damit kongruieren die physikalischen Aufgaben des Netzbetreibers mit der Ökonomie. Der TSO (Transmission System Operator = ÜNB Übertragungsnetzbetreiber) bestellt Kraftwerksleistung hinzu, um erhöhte Nachfrage zu decken. Gleichzeitig sorgt der steigende Preis für eine Dämpfung der Nachfrage. Physik und Ökonomie Hand in Hand.

## A3 Natürliche Monopole öffentlich bewirtschaften

Antragsteller\*in: Detlef Matthiessen (LAG E SH / BAG E)

### Antragstext

- 1 Strom-, Wasser und Gasleitungen sollen als notwendige Infrastruktur der
- 2 Daseinsvorsorge in die Öffentliche Hand übertragen werden.

### Begründung

Der gleichzeitige Besitz von Strom oder Gas als Handelsgut zusammen mit der dafür notwendigen leitungsgebundenen Infrastruktur setzt einen beständigen Reiz zur Selbstbegünstigung im Netzbetrieb. Der diskriminierungsfreie Zugang zu Stromnetzen, zu Gasleitungen und -speichern ist jedoch die Grundvoraussetzung für die Energiewende, für freie Energiemärkte und die unbehinderte Teilnahme aller Akteure. Große Energiekonzerne nutzen ihre Netze für besseren Zugang zu Endkunden, für selbstbegünstigende Entscheidungen, technische Regeln und Normungen in den Gremien, zur Behinderung und Erschwerung von Netzanschlußbegehren der konkurrierenden Erzeugung kleiner und mittelständischer Unternehmen u.v.m.

Nicht ohne Grund fordert die EU in ihren Binnenmarkt-Richtlinien das Ownership-Unbundling, also die Entflechtung im Eigentum, für die Infrastruktur.

„Wer das Netz hat, hat die Macht“, schrieb das Handelsblatt und diese Macht gehört in die öffentliche Hand. Wir wollen Diskriminierungsfreiheit nicht durch ebenso aufwendige wie unvollkommene zahllose und überkomplizierte Gesetze und Verordnungen (siehe z.B. Anreizregulierungsverordnung, Stromnetz Zugangsverordnung) mit Bundesnetzagentur [BNetzA] und Monopolkommission wahren, sondern als neutraler öffentlicher Eigentümer das Gemeinwohl durchsetzen im Sinne aller Marktakteure und für eine schnelle und gerechte Energiewende. Die kaufmännische und technische Betriebsführung der Netze kann mit Ausschreibungen quasi „privatwirtschaftlich“ erfolgen.

Energie-, Wasser- und Abwasserleitungen sind „natürliche Monopole“, d.h. es liegt in ihrer Natur, Monopol zu sein. Niemand baut ein paralleles Stromnetz, um mit Strom zu handeln, sondern man ist auf die Nutzung der vorhandenen Infrastruktur angewiesen.

Die Gewinne aus der Bewirtschaftung – die Monopolrenten – gehören nicht in private Hände.

Der Staat kann es besser und kostengünstiger als Private und sollte das Eigentum an der Versorgungsinfrastruktur innehaben, um freie Märkte und Energiewende zu garantieren.

## A4 Änderungsantrag zum Wirtschaftskapitel

Antragsteller\*in: Carolin Schenuit (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

### Antragstext

- 1 (90) Die Wirtschaft dient den Menschen und dem Gemeinwohl, nicht andersherum.
- 2 (STREICHEN) Wohlstand im Sinne von Klimaneutralität, Nachhaltigkeit, Vorsorge
- 3 und Gerechtigkeit ist Kern eines zukunftsfähigen Wirtschaftssystems. Ziel ist
- 4 ein Wirtschafts- und Finanzsystem, das die planetaren Grenzen einhält.
- 5 (ERSETZEN) Ziel ist ein Wirtschafts- und Finanzsystem, das im Rahmen der
- 6 planetaren Grenzen den Zweck hat, alle Menschen glücklich zu machen. Das
- 7 bedeutet, sowohl genügend Zeit für individuelle Entfaltung als auch die
- 8 Befriedigung materieller Bedürfnisse unabhängig von der individuellen Leistung.
- 9 Dafür braucht es den Wandel hin zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft,
- 10 die (STREICHEN) Wachstum,
- 11 Effizienz, fairen Wettbewerb und Innovation als Mittel zu Erreichung von mehr
- 12 Lebensqualität für alle Menschen nutzt, weltweit und für zukünftige
- 13 Generationen.

### Begründung

Eingereicht in Vertretung für Kristina Kötterheinrich, Delegierte LV Bremen (Antrag fristgerecht eingereicht per E-Mail).

## A5 Änderungsantrag zum Wirtschaftskapitel

Antragsteller\*in: Kristina Kötterheinrich (KV Bremen-Mitte)

### Antragstext

1 Neuer Absatz:  
2 (59) Sauberere und effizientere Produktionstechniken müssen vollständig in  
3 Energieeinsparungen übersetzt werden. Dem Klima ist nicht geholfen, wenn wir  
4 zwar sauberer, dafür aber mehr produzieren. Eine gezielte und mutige (Be-  
5 )Steuerung sowie die Reduzierung des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens  
6 durch Arbeitszeitverkürzung dämpfen das ressourcen- und energieverbrauchende  
7 Wirtschaftswachstum, während gleichzeitig grüne und soziale Bereiche zulasten  
8 umweltschädigender Bereiche wachsen können. Die Reorganisation der Wirtschaft in  
9 Form einer Kreislaufwirtschaft mit langlebigeren Produkten ermöglicht es uns,  
10 den materiellen Reichtum auch bei einem weniger stark steigenden oder gar  
11 stagnierendem BIP zu erhöhen.